

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 15 (1974)
Heft: 24

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Dokument

Erkundung beim Freund und Helfer

Wenn man plötzlich Angehörige vermisst, geht man zur Polizei. Das taten diesen Sommer in Moskau auch die drei Frauen Irina Brailowskaja (I. B.), Nina Woronel (N. W.) und Lydia Asbel. Denn ihre Ehemänner waren verschwunden, gerade zu der Zeit, als sie an einem internationalen Seminar hätten teilnehmen sollen, das sie vorbereitet hatten. Die drei Frauen wurden im Empfangszimmer des KGB an der Kusnezki-Brücke vorgeladen. Dort erfuhren sie, dass die Polizei die drei Vermissten bereits gefunden hatte. Sie waren vorsorglich bloss für 14 Tage festgenommen worden, damit das Seminar nicht stattfindet.

Die drei Frauen haben mit Datum vom 25. Juni 1974 Aufzeichnungen des Gesprächs von Nina Brailowskaja mit drei KGB-Beamten verfertigt. Wir übernehmen den nachfolgenden Dialogauszug aus «Possev» (Frankfurt, September 1974):

KGBist: Ihr Seminar stellt eine erz-antisowjetische Aktion dar.

I. Brailowskaja: Aber dort gibt es doch keinen einzigen Vortrag über ein politisches Thema, und noch weniger auch nur einen antisowjetischen Vortrag. Das lässt sich anhand der publizierten Thesen nachprüfen.

KGBist: Lassen wir den Inhalt der Vorträge. Antisowjetisch ist schon allein die Tatsache, dass man so ein Seminar organisiert.

I. B.: Ich verstehe nicht.

KGBist: Wir wissen, dass zum Seminar zwei Vorträge geheimen Inhalts gebracht werden sollen, die in den Thesen nicht veröffentlicht wurden.

I. B.: Falls es sich so verhält, dann schicken Sie doch einen Vertreter zu uns zum Seminar. Er kann dann dazu sehen, dass nur jene Vorträge gehalten werden, die im Programm angekündigt sind.

KGBist: Wir werden niemanden schicken, und das Seminar wird einfach nicht stattfinden. Wir verbieten es, und wir warnen Sie ernstlich, dass die Teilnahme daran ein Verbrechen darstellt. Es gab bei uns die sogenannte «demokratische Bewegung». Jetzt sitzen sie alle. So werden auch Sie sitzen.

I. B.: Aufgrund welches sowjetischen Gesetzes verbietet Sie das Seminar?

KGBist: Haben Sie die Zeitung «Trud» und die «Sowjetskaja kultura» gelesen? Dort drin steht, dass das Seminar antisowjetisch ist.

I. B.: Das steht dort nicht drin.

KGBist: Und wozu brauchen Sie überhaupt ein internationales Seminar? Sie können ja für ein-

ander Vorträge halten. Was brauchen Sie da Gäste aus England und Amerika?

I. B.: Wissen Sie, jede Arbeit veraltet rasch. Man muss sie den Kollegen zur Kenntnis bringen.

KGBist: Wenn eine Arbeit aber nicht durch irgendeine Organisation oder Institution vertreten ist, zählt sie sowieso nicht. Und weshalb Vorträge vor Gästen aus kapitalistischen Ländern?

I. B.: Wir leben doch aber in einer Welt, und es kommen häufig Wissenschaftler aus kapitalistischen Ländern an Kongresse in die Sowjetunion. Sind Sie denn dafür, dass die wissenschaftlichen Kontakte abgebrochen werden?

KGBist: Nein, wir leben in verschiedenen Welten. Wir lassen euch so oder so doch nicht in einem Seminar zusammenkommen. Alle, die versuchen sollten, zu kommen, werden wir verhaften. Keiner wird hinkommen.

I. B.: Und unsere ausländischen Kollegen werden Sie auch verhaften?

KGBist: Ihre ausländischen Kollegen kriegen einen Schuh in den Hintern.

Nordisches

Ein finnisches Archiv, das wichtiges Material über den Eintritt Finnlands in den Zweiten Weltkrieg an der Seite Deutschlands gegen die Sowjetunion beinhaltet, wurde 1960 verbrannt. Die näheren Umstände sind unbekannt. Das Material wurde 1944 privatim neben anderen für Finnland «belastenden» Unterlagen nach Schweden auf das Gut Rottneros übergeführt. Es sollte in Schweden 50 Jahre lang verbleiben. 1960 gab der verstorbene General Ehrensvärd, der übrigens damals im Verteidigungsstab keinerlei Funktionen ausübte, dem Grafen Bonde und dem Oberstleutnant Per Swartz den Befehl, die Aktenstücke abzuholen und zu verbrennen. Das geschah in Hässelby bei Stockholm. Die Tatsache ist jetzt durch eine Äusserung Kekkonens der Öffentlichkeit bekanntgeworden und hat viel Staub aufgewirbelt.

Die chinesische «Volkszeitung» kritisiert in scharfer Form die Tätigkeit sowjetischer U-Boote im nordischen Raum. Tatsächlich vergeht kaum ein Tag, an dem nicht ein «unbekanntes» U-Boot in schwedischen Territorialgewässern in der Ostsee oder an der Nordküste Skandinaviens auftaucht, als ob es sich um sowjetisches Gebiet handelte. Früher war das unabänderlich der Fall, wenn dort Flottenmanöver skandinavischer Staaten stattfanden. Jetzt hat die Tätigkeit sowjetischer Seestreitkräfte — oft als Fischdampfer getarnt — noch andere Aufgaben. Seit festgestellt wurde, dass an den Küsten Gotlands und bei Spitzbergen Unterwasserflächen mit reichen Oelvorkommen liegen, inspizieren die Sowjets die begonnenen Arbeiten zur Ausbeutung der Fundorte. Wenn es dann einmal soweit ist, dass ohne Mühe geerntet werden kann, wird Moskau die Fundstellen als sowjetisches Territorium für sich beanspruchen. Moskau hat schon sein Interesse an der «gerechten» Lösung der Frage angemeldet, zunächst ohne Aufsehen zu erregen. Es wartet gemächlich den richtigen Augenblick ab.

Ein analoges Gespräch fand mit Nina Woronel statt, aber zusätzlich gab es mit ihr eine Unterhaltung über die Wohnung:

KGBist: Wenn Sie die Tür jenen öffnen, die kommen, um in Ihrer Wohnung eine antisowjetische Aktion durchzuführen, werden Sie sich vor dem Gesetz dafür verantworten müssen.

N. W.: Laut welchem Gesetz hat ein Sowjetmensch nicht das Recht, denen die Tür zu öffnen, die bei ihm klingeln?

KGBist: Dann öffnen Sie doch, öffnen Sie nur! Und wenn hinter der Tür dann ein Mörder oder Räuber steht, also dann übernehmen wir keine Verantwortung.

N. W.: Das heisst also, dass ich vor allen Angst haben muss, die zu mir in die Wohnung kommen?

KGBist: Wir informieren auf jeden Fall Ihre Nachbarn im voraus darüber, dass in Ihrer Wohnung eine antisowjetische Aktion vorbereitet wird. Das kommt dann vor die Mieterversammlung, und denken Sie daran, dass man Ihnen die Wohnung eines schönen Tages auch kündigen kann. ■

Aufschlussreich ist die Tatsache, dass die UdSSR an Erdgas und Oelvorkommen überreich und unabhängig von anderen Ländern ist. Sie braucht nicht das Oel, sie braucht eine Drosselung und ein Durcheinander in der Wirtschaft nichtkommunistischer Industrieländer, um endlich die ganze Welt «beglücken» zu können.

Oskar Angelus

Zitiert...

Wer sagt es wann?

«Wir wollen nicht, dass die Einheit Deutschlands dadurch erreicht wird, dass man die Zustände in den Westzonen denen in der Ostzone annähert.»

Konrad Adenauer am 10. Mai 1949

«Jene, die vergeblich die Domination über die Welt zu erringen suchen, versehen oft das deutsche Volk mit falschen Etiketten. Sie suchen Vorwände, ihre Präsenz von der Elbe zum Rhein und von Osteuropa nach Westeuropa auszudehnen, um so die Völker von ganz Deutschland und ganz Europa zu dominieren. (...) Das chinesische Volk hat Verständnis und Sympathie für die Bestrebungen der deutschen Bevölkerung, für ihre entschiedene Opposition gegen eine permanente Spaltung der deutschen Nation und ihrem Wunsch nach nationaler Wiedervereinigung; es unterstützt die westeuropäischen Länder in ihrem vereinigten Kampf gegen den Hegemonismus.»

Hsu Hsiang-tschien als Vertreter des chinesischen Parlaments beim Empfang einer westdeutschen Bundestagsdelegation in Peking am 14. Oktober 1974 (Hsinhua, 14. 10. 74).

In Kürze

In der Ukraine sind innerhalb eines Jahres 100 000 Hochschüler als ideologisch suspekt vom Studium ausgeschlossen worden. Das würde, falls der Anteil an Studenten und Hochschülern an der Bevölkerung dem sowjetischen Durchschnitt entspricht, rund einem Siebtel aller Hochschulabsolventen in der Ukraine entsprechen.

Diese Angabe aus der Sowjetpresse hat Radio Peking (7. 10. 1974) im Rahmen eines Berichtes gebracht, in dem es über die Lage in der Ukraine hiess:

«Der Widerstandskampf der Ukrainer entwickelt sich in den letzten Jahren ständig. In der Ukraine sind immer wieder illegale Organisationen gegen die Herrschaft des Sowjetrevisionismus entstanden. Sie geben geheime Publikationen heraus, verteilen Flugblätter und organisieren den Massenkampf. Dessen Entwicklung setzt die sowjetrevisionistische Herrscherclique in Angst und Bange. Diese hat einerseits eine grosse Anzahl von verantwortlichen Partei- und Rayonbeamten ihres Amtes enthoben und intensiviert andererseits die Unterdrückung der ukrainischen Volksmassen. Wie verlautet, wurden in den letzten Jahren viele Ukrainer durchsucht, verhaftet und verhört. Die Zeitung 'Prawda Ukrainy' gab zu, dass die Zahl der Studenten, die aus ideologischen Gründen aus den ukrainischen Hochschulen ausgeschieden worden sind, in einem Jahr etwa 100 000 erreicht hat.»

*

Wie in andern osteuropäischen Ländern gibt es auch in Polen nach sowjetischem Muster die «freiwillige gesellschaftliche Aufbauarbeit». Namentlich von den Mitgliedern der diversen Organisationen und Vereine erwartet man, dass sie sich ausserhalb der Arbeitszeit gemeinnützigen Projekten widmen, zum Beispiel dem Bau oder Unterhalt von Freizeitanlagen. Was dabei für Werte entstehen, wird in offiziellen Statistiken festgehalten. Oder werden die fraglichen Werte am Ende in den betreffenden Statistiken erst geschaffen? Die Gewerkschaftszeitung «Głos Pracy» hat jedenfalls gewisse Diskrepanzen entdeckt. So hatte eine lokale Verwaltung zu Protokoll gegeben, der Wert der freiwilligen gesellschaftlichen Aufbauarbeit habe in ihrem Bereich zwei Millionen Zloty betragen. Leider wurde in diesem Fall eine Nachprüfung angeordnet, und die Expertenkommission kam auf einen Wert von knapp 16 000 Zloty. Was hoffentlich wenigstens die Kosten der Expertise gedeckt hat.

*

Die Schulabgänger in der DDR sollen sich nicht auf einen «Traumberuf» festlegen, sondern statt dessen bereit sein, einen von mehreren Berufen zu erlernen. Das antwortete der Kolumnist des SED-Blattes «Leipziger Volkszeitung», Prof. Wittenbecher, auf die Frage eines Jugendlichen, warum in der DDR nicht jeder werden kann, was er will. Wittenbecher betonte, dass es in der DDR etwa 270 Ausbildungsberufe gebe, aber etwa 80 Prozent der Schulabgänger bisher vorwiegend innerhalb von 90 bis 100 Berufen wählten. Für bestimmte Berufe seien deshalb mehr Bewerber als Lehrstellen vorhanden. Entscheidend

für die Festlegung der bereitzustellenden Lehrplätze müssten jedoch stets gesamtgesellschaftliche, volkswirtschaftliche Notwendigkeiten sein und nicht schlechthin das Interesse für diesen und jenen Beruf.

*

Das Kreisgericht Oranienburg (Bezirk Potsdam, DDR) verurteilte vor kurzem einen Mann wegen

Rowdytum im schweren Fall zu vier Jahren und sechs Monaten Freiheitsentzug. Der Verurteilte hatte durch anonyme Anrufe versucht, DDR-Bürger «einzuschüchtern und Unruhe vorwiegend unter medizinischem Personal hervorzurufen». Das Gericht verhängte «wegen der hohen Gesellschaftsgefährlichkeit der Handlung» eine exemplarische Strafe, «um die Bevölkerung vor Gewaltdrohungen zu schützen».

Sowjetischer Stützpunkt in Australien?

Laut Aussage der australischen Zeitung «Vanguard» werden die Sowjets in Australien einen Stützpunkt errichten.

«Vanguard» ist das Organ der Australischen Kommunistischen Partei (marxistisch-leninistisch), welche im Unterschied zur prosowjetischen kommunistischen Konkurrenzpartei einen von Moskau unabhängigen Kurs verfolgt. In einem Bericht vom 17. Oktober schrieb die Zeitung:

«Wie Erinnerunglich hatte eine sowjetische Wissenschaftsdelegation vor kurzem die Regierung um die Bewilligung ersucht, eine Raketenverfolgungs-Radarstation in Australien zu errichten, was die Regierung korrekterweise ablehnte. Doch nun stellt sich heraus, dass die Sowjets einen Stützpunkt für Schwere-Forschung in Hobart (Tasmanien) errichten werden.»

Im weiteren weist «Vanguard» darauf hin, dass die Forschungstätigkeit eine Tarnung für militärische Zwecke darstellt und dass die australische Regierung bereit sei, die amerikanische gegen die sowjetische Militärpräsenz auszutauschen:

«Die militärischen Einrichtungen des US-Imperialismus wurden 'Forschungsstationen' genannt, als man mit ihrem Bau begann. Allmählich aber wurde die Wahrheit über ihren tatsächlichen Charakter offenbar, und nunmehr wird kaum mehr der Versuch gemacht, sie mit falschen wissenschaftlichen Bezeichnungen zu tarnen. Nunmehr werden wir Zeuge davon, wie der ganze Vorgang durch den sowjetischen Sozialimperialismus wiederholt wird.»

hsi

FACETTEN zum Alltag drüben

Die Mitglieder der lokalen Legislativräte in der DDR werden in Zukunft ihre Sitzungen hauptsächlich in der Freizeit abhalten müssen. Aber dafür werden sie die Beschlussvorschläge rechtzeitig erhalten (von wem?), damit sie ihre Wähler von der Güte der zugeleiteten, überaus verbindlichen «Empfehlungen» überzeugen können. Auf die Rechtzeitigkeit kommt es an. Denn auf

die Idee, dass die Gemeinderäte selbst Beschlüsse vorlegen könnten, nachdem sie von den Wählern überzeugt worden sind, auf diese Idee kommt einfach niemand.

Die im Mai gewählten über 190 000 Abgeordneten der Volksvertretungen der Kreise, kreisfreien Städte, Stadtbezirke und Gemeinden der DDR sollen ihre Tagungen vor allem in der Freizeit durchführen. Das forderte der Leiter der Abteilung Staats- und Rechtsfragen beim ZK der SED, Klaus Sorgenicht, im Organ des Zentralkomitees, «Neuer Weg». Zur Begründung erklärte er, dass es in der Arbeit der Volksvertretungen und ihrer Organe «um eine höhere Effektivität» gehe. Aufwand und Nutzen der Tätigkeit der Abgeordneten müssten «immer im richtigen Verhältnis zueinander stehen».

Ferner verlangte der ZK-Funktionär, die Tagungen der Volksvertretungen «inhaltsreicher zu gestalten und weniger Zeit für ihren Ablauf in Anspruch zu nehmen» sowie die Tagungen der Volksvertretungen vor allem in den Städten und Gemeinden überwiegend «nach der Arbeitszeit» durchzuführen. Berichte und Referate müssten «wesentlich kürzer und trotzdem aussagekräftiger» werden, einer lebhaften Diskussion, dem Erfahrungsaustausch und den Anfragen der Abgeordneten sei grössere Aufmerksamkeit zu schenken. Ausserdem sollen den Abgeordneten «rechtzeitig Informationen und Beschlussvorschläge» zugestellt werden, damit sie in Gesprächen mit Wählern und Arbeitskollektiven «beweiskräftig argumentieren und überzeugen können».

ZEITBILD

 erscheint alle
zwei Wochen

ZeitBild

 Redaktion – Administration – Anzeigen-
verwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar-+

Leihkasse Bern 153 400 50, Deutsche Bank

Frankfurt a. M. 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise

Fr. 30.– jährlich (Ausland Fr. 33.–, DM 30.–)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.–

(Ausland Fr. 22.–, DM 20.–)

Halbjahr Fr. 16.– (Ausland Fr. 17.–, DM 16.–)

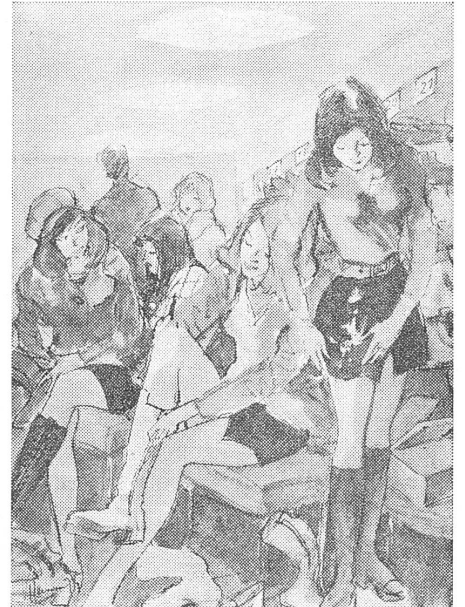
Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.–, DM 1,50)



«Bei den Beziehungen meines Mannes werden wir die ersten sein, die in den Kommunismus eintreten.» (Nr. 49/73)



«Ach, Männer, du zerstörst das einzige, was uns noch aneinander bindet: den gemeinsamen Besitz.» (Nr. 4/74)



«...und mein Chef hat gesagt, wenn ich heute wieder zu spät komme, will er mir Beine machen.» (Nr. 2/74)



«Meine Verfloessene kann sich nicht beklagen: Einmal im Monat stehen mir ihre Bäler zu, und dann kann sie in Ruhe Washtag machen.» (Nr. 44/73)



«Also gut, um fünf vor dem Kaffee. Und wer ist am Apparat?» (Nr. 49/73)



«Der Klubleitung fällt auch nichts ein, höchstens die Saaldecke.» (Nr. 47/73)



«Wenn ihr noch pampig werdet, verbieten wir die ganze Jugend.» (Nr. 4/74)

«Eulenspiegel» Ostberlin

Häusliches und weniger Häusliches